

Fachbereich A

Statut bereit für den Gewerkschaftsrat

Nach einer anstrengenden Sitzung mit vielen Änderungswünschen steht jetzt in der neunten Fassung das Statut für den neuen Fachbereich A und soll in den Gewerkschaftsrat zur Zustimmung gegeben werden.

Das erklärte Werner Filipowski, der von der Bundesfachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen in den Gründungsausschuss für den Fachbereich A entsandt wurde und als Vertreter der Personengruppe mti (Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen) auch im Gewerkschaftsrat sitzt, und deshalb den Weg der neuen Statuten gut verfolgen kann.

Der Gewerkschaftsrat hat bereits die Statuten für die Fachbereiche B (gebildet aus dem öffentlichen Dienst auf verschiedenen Ebenen) und C (Soziale Dienste und Bildung) bestätigt. Die Fachbereiche D (Handel) und E (Logistik und Speditionen) „tendieren in Richtung einer konstruktiven Zusammenarbeit“, so Filipowski.

Für den neuen Fachbereich A ist man noch in einem Namenfindungsprozess. Mit nur vier Begriffen möchte man die Breite der zu betreuenden Branchen nachvollziehbar abbilden, das ist nicht einfach, kommentiert Filipowski. Gebildet wird der Fachbereich A aus den alten Fachbereichen 1 Finanzdienstleistungen, 2 Ver- und Entsorgung, 8 Medien, Kunst und Industrie sowie 9 Telekommunikation, Informationstechnologie und Datenverarbeitung.

Bei der Präsenz-Sitzung des Gründungsvorstands A Ende Juni, zu der es noch eine ganze Reihe an Änderungsanträgen gab, sind nun alle notwendigen Beschlüsse gefasst worden. Man hat sich auch darauf verständigt, dass die Freien und Selbstständigen einen

Sitz im Vorstand des neuen Fachbereichs bekommen. Die Arbeit der vierten Ebene im Ortsverein oder der Betriebsgruppe ist finanziell gesichert, wo sie geleistet wird. Dazu ist die Vorlage einer Arbeitsplanung nötig. Hiermit ist die betriebliche, mitgliedernahe Arbeit gesichert. Vorhandene bzw. sich bildende Rücklagen sind beim Dreifachen des jährlichen Etats gedeckelt, nicht verbrauchte Mittel sollen der Jugendarbeit zugutekommen.

Wenn dem Fachbereichsstatut für A im Gewerkschaftsrat zugestimmt wird, „dann sind die Fachbereiche A, B und C in trockenen Tüchern“, sagt Filipowski. Wie sich die Kooperation der Fachbereiche D und E entwickelt, wird man sehen, hier stehen die

Fachbereiche in der Verantwortung.

Die Organisationswahlen starten bereits 2022 auf der untersten Ebene und enden im Herbst 2023 mit dem Bundeskongress. Hier sollen dann die Beschlüsse zu den neuen Fachbereichsstrukturen abschließend behandelt werden. Erstmals findet der Kongress nicht in Leipzig, sondern im Estrel Hotel in Berlin statt. Hier können alle Delegierten in dem großen Hotel- und Veranstaltungskomplex untergebracht werden, Shuttle-Busse wie bisher in Leipzig erübrigen sich. ■

Susanne Stracke-Neumann

Zurück zur Normalität ...

Aber was ist denn die Normalität? Betrachten wir es aus Gewerkschaftssicht: Betriebliche Kontakte mit den Mitgliedern, besetzte Geschäftsstellen in den Bezirken, Präsenzsitzungen der Gremien ...

Vieles hat in den letzten Monaten nicht mehr in dieser gewohnten Form stattgefunden.

Foto: ver.di



Da müssen wir aber wieder hinkommen und sicherlich noch ein bisschen mehr. Corona hat uns andere Arbeitsformen abgenötigt.

Der Einsatz digitaler Media, Homeoffice und Videoveranstaltungen, um nur einige zu nennen, haben unsere Arbeit geprägt.

Zurück zur Normalität wird ein „Kompromiss“ aus alt hergebrachten und den neuen Arbeitsformen werden. Nicht als Konkurrenz, sondern sich ergänzend. So wichtig der persönliche Kontakt und der Austausch mit Kolleg*innen in Präsenzsitzungen ist, genauso wichtig wird es sein, mal schnell die Gremien in einer

Videoveranstaltung zu informieren, zu diskutieren und sich abzustimmen. ■

Ich freue mich auf die „Neue Normalität“, Euer

Werner Filipowski

Bundesvorstandsmitglied der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen, Vorsitzender des Bundesausschusses mti (Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen)

Apollo

Verwirrung um Übernahme

Foto: Susanne Stracke-Neumann



Erst wollte der italienisch-französische Konzern Essilor-Luxottica den niederländischen Optikkonzern Grand-Vision, Eigentümer von Apollo-Optik mit rund 800 Läden in Deutschland, für 7,2 Milliarden Euro übernehmen. Dann bemühte Essilor-Luxottica, bekannt für die Brillenmarke „Ray Ban“, ein Gericht, um sich von der Kaufoption zu verabschieden. Mit Erfolg.

Der Aktienkurs von GrandVision brach daraufhin an der Amsterdamer Börse um sieben Prozent ein, ein Verlust, den die „Süddeutsche Zeitung“ auf einen Börsenwert von einer halben Milliarde Euro bezifferte.

Bekannt wurde außerdem, dass sich Essilor-Luxottica am Börsengang des bisherigen Online-Brillenhändlers „Mr. Spex“ ab 2. Juli beteiligen und seinen Anteil von bisher 7.9 Prozent um weitere Aktien für 50 Millionen Euro aufstocken will. Mr. Spex hat inzwischen 39 Läden in Deutschland, Schweden und Österreich.

Essilor-Luxottica hat nun Grand-Vision mit seinen insgesamt 7000 Optik-Läden doch wie angekündigt zum 1. Juli übernommen, zu den vereinbarten Bedingungen. GrandVision erklärte laut „Handelsblatt“ lediglich, man nehme es zur Kenntnis. ■

sus

Tarifpolitik

Ost-West-Angleichung auf Betriebsebene

Mit dem Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie im März war dieses Mal die Tarifrunde noch nicht beendet. Es wurde weitergekämpft um eine Ost-West-Angleichung.

Denn während in den westlichen Tarifbezirken die 35-Stunden-Woche gilt, wird in den östlichen Bezirken immer noch 38 Stunden pro Woche gearbeitet. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) erklärte ihre Solidarität mit den IG Metall-Kolleginnen und Kollegen in Berlin, Brandenburg und Sachsen und unterstützte die Forderung nach einem tariflichen Angleichungsgeld. In der Solidaritätserklärung des ver.di-Bundesvorstands hieß es: „Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung arbeiten Kolleg*innen in den ostdeutschen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie immer noch mit 38 Stunden in der Woche drei Stunden unbezahlt länger als im Westen. Dies ist ein Zustand, der schon lange nicht mehr hinnehmbar ist. Die Beschäftigten im Osten arbeiten genauso gut wie

die Kolleg*innen im Westen.“ Ende Juni haben sich IG Metall und Arbeitgeber auf eine tarifliche Vereinbarung geeinigt, die eine stufenweise Angleichung auf betrieblicher Ebene in Berlin, Brandenburg und Sachsen ermöglicht. Während der Tarifrunde haben 127 000 Beschäftigte in Berlin, Brandenburg und Sachsen mit Warnstreiks dafür gekämpft. Erste Schritte mit einem Stufenplan zur 35-Stunden-Woche haben Volkswagen Sachsen, SAS in Meerane und ZF in Brandenburg an der Havel gemacht.

Der Tarifabschluss brachte eine 500 Euro Corona-Prämie netto im Juni für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Auszubildende erhielten einmalig 300 Euro. Im Februar 2022 gibt es ein „Transformationsgeld“ in Höhe von 18,4 Prozent des Monatsentgelts. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen können Betriebe in Krisen das Transformationsgeld auch in Freizeit umwandeln. Der Tarifvertrag läuft bis zum 30. September 2022. ■

sus

Impressum

Herausgeber:

Christoph Schmitz, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, zuständig u.a. für den Fachbereich Medien, Kunst und Industrie; Rachel Marquardt, Ressort 7 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di

Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Postanschrift: 10112 Berlin
<https://industrie.verdi.de>
<https://industrie-report.verdi.de>
E-Mail: fb8.industrie-report@verdi.de

Redaktion: Susanne Stracke-Neumann

Fotos: alle nicht gekennzeichneten ver.di

Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers

Druck: Gottschalk Druck & Medien, Berlin

Auflage: 1700 Expl. · Juli 2021



Intergeo

Programm ist komplett

Das Konferenzprogramm für die Intergeo in Hannover vom 21. bis 23. September 2021 steht. Das Motto ist „Inspiration for a smarter World“. Messe und Konferenz finden hybrid statt. Sie greifen aktuelle und in die Zukunft gerichtete Themen auf: Nachhaltigkeit und „Green data for all“, Technologietrends wie „Machine Learning“ und „Virtual Reality“. Außerdem geht es in den Vorträgen und Diskussionen um Digitalisierung in Städten, über veränderte Mobilität und Bürgerbeteiligung. ■

www.intergeo.de

Kommunen

ver.di fordert Rettungsschirm

Die Corona-Krise trifft die Kommunen in Deutschland hart. Die aktuelle Steuerschätzung hat ergeben, dass die Gemeinden in den Jahren 2020 bis 2024 mit Mindereinnahmen von über 40 Milliarden Euro rechnen müssen. Zugleich steigen ihre Ausgaben deutlich an. Wenn ihnen Gelder fehlen, reduzieren sie ihre Kosten, bauen Personal ab und investieren weniger. Bund und Länder müssen die kommunale Finanzmisere mit einem Rettungsschirm abwehren, fordert ver.di. ■

<https://kurzlinks.de/yn7v>

Bundestagswahl

ver.di wählt

ver.di befasst sich intensiv mit den wichtigen Themen zur Bundestagswahl:

- Klimaschutz und dessen soziale Gestaltung
- Sicherheit und Transformation von Arbeit
- Arbeitsbedingungen und Tarifverträge
- Steuergerechtigkeit und Umverteilung

Dazu gibt es Informationen, Diskussionen, Petitionen und Demonstrationen bis zur Bundestagswahl. ■

Alle Termine und die ver.di-Forderungen:

<https://verdi-waehlt.verdi.de/>

Mobilität der Zukunft: ein Zwischenruf

In der Verkehrswende angekommen?

Die Fachgruppe Industrie und der mti Bayern beschäftigen sich schon länger mit der Verkehrswende. Wir machen dazu nicht nur eine Aktionswoche, sondern bei uns ist es ein Dauerthema. Dazu hatten wir letztes Jahr im Oktober unser Forum in Nürnberg veranstaltet. Ich hatte damals die Situation in Automobilindustrie und Fahrradbranche dargestellt. <https://kurzelinks.de/7lpi>

Am 3. Juni war wieder der alljährliche „Tag des Fahrrads“ und da lohnt es sich nachzusehen, was in den vergangenen Monaten passiert ist. Trotz oder gerade wegen der zweiten und dritten Pandemiewelle boomt der Fahrradmarkt. 60 Prozent Umsatzzuwachs gegenüber 2019, davon träumen andere Branchen. Das bedeutet fast sechs Millionen verkaufte Räder. Und die Erwartungen für 2021 sind genau so groß. Die Nachfrage führt dazu, dass die Lager leer sind, dass es Lieferzeiten

für Räder gibt und dass die Preise steigen. Das Fahrrad wird als infektionsungefährliches Verkehrsmittel für die Fahrt zur Arbeit, aber auch vermehrt in der Freizeitgestaltung genutzt.

All dies ist erfreulich, und die Städte und Gemeinden haben diesen Trend mittlerweile auch erkannt, denn Fahrräder entlasten die Innenstädte von Lärm, Abgasen und Fläche. Fahrradschnellwege werden errichtet, Lastenräder werden bezuschusst und Abstellmöglichkeiten geschaffen. Die Verkehrswende ist hier angekommen, aber es gibt noch viel zu tun. Verkehrswende bedeutet für uns, je nach Mobilitätszweck das klimagünstigste Verkehrsmittel zu nutzen.

Nicht angekommen ist dagegen die Verkehrswende in der Automobilindustrie. Einfach den Diesel oder Benziner durch den E-Antrieb zu ersetzen, ist keine wirkliche Verkehrswende. Es ist leicht, den Strukturwandel mit dem Verlust von Arbeitsplätzen zu bejam-

mern, aber unheimlich schwer, mit innovativen Ideen dagegen zu halten. Bislang hat kein Automobilhersteller zum Beispiel E-Zweiräder in sein Programm genommen. Obwohl zum Beispiel Audi mit den Gründungsmarken DKW, Wanderer und NSU dies schon mal hatte. Mit der ausgefeilten Logistik und optimierten Produktionsprozessen der Autoindustrie ließen sich sicher auch Zweiräder wettbewerbsfähig herstellen.

Oder wie wäre es mit neuen Geschäftsfeldern, wie Strom- und Wärmeerzeugung im Verbund mit dem E-Fahrzeug. Zaghafte Pilotprojekte wurden hier leider nicht weiterverfolgt. Und der Umstieg vom Autoproduzenten zum klimagünstigen Mobilitätsanbieter steckt noch in den Kinderschuhen oder wird den großen Digitalkonzernen überlassen.

Den großen Arbeitsplatzabbau sehe ich auch nicht bei den hiesigen Fahrzeugherstellern. Längst hat Audi etwa die Motorenfertigung ins ungarische Győr verla-

Foto: Heinz Waneschitz



gert, Getriebe und Abgasanlage wurden schon vielfach von Zulieferern bezogen. Arbeitsplatzabbau trifft vor allem die Zulieferindustrie und damit den Mittelstand. Hier gilt es, den Weg zu neuen Geschäftsfeldern zu unterstützen und wie im Steinkohlebergbau oder bei der Braunkohleverstromung die Kolleg*innen nicht allein zu lassen.

Die Fachgruppe Industrie wird die Verkehrswende zur Mobilität der Zukunft weiter als Ziel aktiv verfolgen. ■

Ulrich Bareiß
Ehemaliger Betriebsrat bei Audi

Automobilindustrie

„Alte Rezepte funktionieren nicht mehr“

Zwei neue Studien beschäftigen sich mit dem Umbruch in der Automobilindustrie.

Das Münchner Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung hat sich mit seinem Forschungsteam „Informatisierung der Gesellschaft und Zukunft der Arbeit (IdGuZdA)“ rund um Professor Andreas Boes mit dem „Umbruch in der Automobilindustrie“ beschäftigt und festgestellt, dass „Deutschlands Automobilbauer unter hohem Zeitdruck einen Paradigmenwechsel realisieren und sich zu

nachhaltig agierenden Tech-Unternehmen transformieren müssen.“ Denn: „Alte Erfolgsrezepte funktionieren nicht mehr.“ Für Deutschlands wichtigste Industrie sei ein „gemeinsamer strategischer Lernprozess erforderlich – mit dem Ziel, den Paradigmenwechsel zur Informationsökonomie zu bewältigen und einen nachhaltigen Umbau der Mobilität der Gesellschaft voranzutreiben“.

<https://kurzelinks.de/bylu>

Die „Automobile Arbeitswelt im Wandel: Jobeffekte in Deutschland bis 2030“ haben Agora Verkehrswende und die Boston Consulting Group hinterfragt. Sie haben „Veränderungen sowohl in den klassischen Automobilindustrien (Hersteller, Zulieferer, Instandhaltung) als auch in mit Elektromobilität verbundenen Industrien wie Maschinen- und Anlagenbau, Energieproduktion, Energieinfrastruktur und Recycling analysiert“. Ihr Fazit: „In Summe bleibt die Anzahl der Stellen in der automobilen Arbeitswelt in Deutschland bis 2030 kon-

stant. Im Zuge der Elektrifizierung kommt es zu signifikanten Verschiebungen der Arbeitsplätze zwischen den beteiligten Industriezweigen.“ Dabei sehen sie starke zeitliche, industrie- und berufsbezogene sowie regionale Verschiebungen im Arbeitsmarkt. Ihre Prognose: Prozentual mehr Jobs in Ostdeutschland, aber vor allem mehr Bedarf an Weiterbildung in der ganzen Branche.

<https://kurzelinks.de/gyit> ■

sus

Berliner Energietage

Kurve abflachen, Wildwuchs klären

Wieder online, aber wieder mit großem Programm: Die Berliner Energietage stellten gleich zur Eröffnung eine Grundsatzfrage: „Klimakrise: Wo stehen wir und wie viel Spielraum haben wir noch?“

Stefan Rahmstorf, Professor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), erläuterte den Anstieg des Kohlendioxids in den vergangenen 10.000 Jahren und den gewaltigen Anstieg ab dem Jahr 1880 sowie den Temperaturanstieg seither. Da in dieser Zeit die Sonnenaktivität abnahm, habe der menschliche Einfluss einen umso höheren Anteil daran. Durch die wärmere Luft sammle sich auch mehr Feuchtigkeit in der Atmosphäre, was dann parallel zu Starkregen und Überflutungen führe. Eine Erklärung des Wissenschaftlers bei den Energietagen, die jetzt im Juli Realität im Wetterbericht geworden ist. Denn, so hatte Rahmstorf erklärt, in der Höhe der Jet-Streams rund um den Globus schaukeln sich die Extremwetterlagen auf.

Dass Wetterextreme zu Kriegen führen können, wie Frans Timmermans von der EU angesprochen hatte, sei gar keine düstere Zukunftsvision, sondern beim Aufstandsbeginn in Syrien durchaus ein Faktor gewesen, erklärte der Wissenschaftler.

Zum zeitlichen Spielraum erklärte Rahmstorf, wenn die Emissionen unbegrenzt weiter gingen, wären die Ziele des Pariser Klimaabkommens, die Erwärmung nicht über zwei Grad ansteigen zu lassen, 2040 endgültig gerissen. Inzwischen steht ein 1,5-Grad-Ziel im Fokus. Schnelles Handeln könne die Kurve aber noch rechtzeitig abflachen. Der Korridor sei nur noch wenige Jahre gegeben: „Wenn wir noch zehn Jahre warten, würde auch ich sagen, jetzt geht es wirklich nicht mehr.“

Die einstige Vorreiterrolle sei lange vorbei: „Deutschland geht



Foto: Susanne Stracke-Neumann

nicht alleine voran, das ist weltfremd, viele andere Länder reduzieren ihre Emissionen deutlich schneller als wir“, sagte Rahmstorf und meinte: „Ich bin überzeugt, wir brauchen eine neue Regierung dafür, mit der jetzigen Regierung wird das nichts.“ www.pik-potsdam.de

Andreas Ziegler, Professor an der Universität Kassel, führte vor und während der Corona-Pandemie Umfragen zur Umwelt- und Klimapolitik durch. Dabei stellte er fest, dass die Bevölkerung durchaus weitergehende Schritte befürwortete als die Politik sie ins Auge fassen. So gebe es deutliche Mehrheiten für Tempolimit und Kohleausstieg und weniger Gegnerschaft zur CO₂-Bepreisung, als von Politik und Wirtschaft oft beschworen. Soziale und Gerechtigkeitsaspekte spielten für die Klimapolitik-Akzeptanz eine große Rolle, sie müssten offen angesprochen werden.

Claudia Kemfert vom Wirtschaftsforschungsinstitut DIW und Professorin der Uni Lüneburg, betonte, dass die großen Energieeinsparpotenziale im Gebäudesektor zu wenig bekannt seien. Auch die Industrie schiebe eine enorme Investitionswelle in Sachen Klimaschutz vor sich her. „Der Wahlkampf wird ein Klimawahlkampf werden“, prophezeite sie.

Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz warb dafür, mehr Schnelligkeit in den Geneh-

migungsverfahren für Infrastrukturprojekte wie Stromleitungen, Windräder auf dem Meer und an Land zu ermöglichen. Es müsse nicht alles bei den Verwaltungsgerichten landen und ein hoheitlicher Akt sein: „Das ist Quack!“ Es werde sehr viel mehr Strom gebraucht als bisher meist gesagt, auch für grüne Wasserstofftechnik. Deshalb dürfe es nicht Jahre dauern, etwas umzusetzen: „It's the infrastructure, stupid“, wandelte er einen beliebten Spruch ab.

Für den „Nationalen Wasserstoffrat“, bestehend aus 26 Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sprach Felix Matthes vom Öko-Institut. Das Gremium sei „extrem divers“, aber eine „Lernkurvenproduktionsmaschine“. Bisher hat der Wasserstoffrat sechs Stellungnahmen veröffentlicht, etwa zur Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), zur Treibhausgasquote und zum Einsatz von Wasserstoff in der Luftfahrt. Zwei weitere Studien sollen noch bis zur Wahl veröffentlicht werden: Eine Metastudie für eine gemeinsame Informationsbasis und ein programmatisches Grundlagendokument.

Für eine deutsche Wasserstoffstrategie, so Matthes, sei die internationale Perspektive und grenzüberschreitende Kooperation wie zwischen Niedersachsen und den Niederlanden sehr wichtig, zumindest der europäische

Binnenmarkt müsse im Fokus sein. Deshalb müssten möglichst bald einheitliche technische Grundlagen erarbeitet werden. Beispielsweise sei die Beimengung von Wasserstoff zum Erdgas in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten unterschiedlich. Wenn in der EU ein Leitmarkt für grünen Wasserstoff entstehen würde, wäre dies laut Matthes ein Durchbruch. Wichtig für eine größere Gewinnung von Wasserstoffenergie in klimafreundlicher Weise sei die Ausnahme der Elektrolyse von der EEG-Umlage, letztlich am besten die Abschaffung der EEG-Umlage. Die EU-Regeln für den Öko-Strom müssten vereinheitlicht werden, ebenso die Vorstellungen, was als „grüner“ Wasserstoff gelte. Das wäre auch ein wichtiges Zeichen für die Marktentwicklung. Der grüne Wasserstoff dürfe nicht „in die Todeszone“ zwischen verschiedenen Regelungen fallen, sagte Matthes. www.wasserstoffrat.de

Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), forderte eine gründliche Überarbeitung von Energiesteuern, Abgaben, Kfz-Steuer und City-Maut unter einheitlichen Umweltaspekten. Gesetze widersprächen sich teilweise, es gebe „Wildwuchs bei Steuern“. Wichtig sei auch eine internationale Abstimmung, zum Beispiel bei der CO₂-Bepreisung, damit es keine Ausgleichsregelungen für benachteiligte Wirtschaftsräume brauche. Strategische Klimafinanzierung solle auch ärmere Staaten bei ihrer Transformation unterstützen. Sein Wunsch an die nächste Regierung: Ein alle diese Aspekte zusammenfassendes Ministerium oder zumindest wieder ein „Klimakabinett“. ■

Susanne Stracke-Neumann

Die nächsten Energietage finden im Frühjahr 2022 statt. www.energietage.de

Transformation

Rückenwind für Zukunftswissen

Das Wuppertal-Institut feierte sein 30jähriges Bestehen mit dem Thema „Zukunftswissen“ für Transformation. Eine interessante Transformation haben Institut und Stadt gerade erlebt: Aus dem Direktor des Forschungsinstituts wurde der Oberbürgermeister.

Uwe Schneidewind (Grüne) wechselte im November 2020 von der Nachhaltigkeitsforschung auf den Sessel des Wuppertaler Stadtchefs und will die Theorie in die Praxis umsetzen. Dabei verspüre er „Rückenwind“, denn „die Bürgerinnen und Bürger wussten ja, wen sie wählen“. Eine Studie zur Klimaneutralität der Stadt gibt es als Antrittsgeschenk für den ehemaligen Kollegen.

Das WI ist in über 100 Projekten in 70 Ländern engagiert um „innovativ, transformativ und krisensicher“ nachhaltige Rezepte für die Zukunft zu verbreiten. Das Institut arbeitet eng mit der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zusammen, so der Direktor Manfred Fishedick, denn es gehöre zum Auftrag des Instituts, Klimaneutralität und wirtschaftlichen Wettbewerb zusammenzubringen.

Zur Klimaneutralität meinte der Chef des Umweltbundesamts, Dirk Messner: „Wir schaffen das,

aber wir werden uns warm anziehen müssen.“ Es gebe ein Umdenken in der Gesellschaft, das „grüne“ Denken sei in der Coronakrise nicht wie bei der Finanzkrise „von der Tagesordnung gerutscht“. Transformation sei aber nicht nur ein technisches Projekt, sondern Dekarbonisierung müsse mit sozialer Gerechtigkeit, Lebensqualität und Beschäftigung verbunden sein. Oder, wie es der Rektor der Bergischen Universität Wuppertal formulierte: „Zukunftswissen für Klimaschutz reicht von der Physik bis zur Philosophie.“

Stefan Lechtenböhrer, der am WI über Energie- und Industriesysteme arbeitet, berichtete aus dem Workshop zur klimaneutralen Industrie, dass eine grundsätzliche Klimaneutralität der Industrie nicht mehr in Frage gestellt werde. 60 Prozent der Unternehmen habe Klimaneutralität schon als festes Ziel. In der Grundstoffindustrie werde sehr viel Energie verbraucht, deshalb brauche es mehr politische und gesellschaftliche Akzeptanz für den Ausbau von Photovoltaik, Windenergie und Wasserstoff. Die Gewerkschaften seien bei der Transformation aktiv und wollen ihren Mitgliedern mehr Perspektiven durch mehr Weiterbildung bieten. ■

<https://wupperinst.org>

Mobilität der Zukunft

Verkehrswende im Stau

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) fordert ein „Bundesmobilitätsgesetz“, denn das Verkehrsrecht sei „veraltet, die Verkehrswende steht im Stau“. Verkehr werde nicht als Ganzes gesehen und geplant.

Das heutige Verkehrssystem sei weder ressourcenschonend noch gerecht, ländliche Räume seien benachteiligt. Bei der Planung

eingreifen, aber nach dem Klima-Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts sehen die Verfassungsrechtler Georg Hermes und Urs Kramer ein Bundesmobilitätsgesetz nicht nur als verfassungskonform, sondern sogar als „verfassungsrechtlich geboten“ an.

Auch wenn die Länder für die Verkehrsplanung zuständig seien,

Foto: Susanne Stracke-Neumann



müssten die Bundes-, Länder- und kommunale Ebene besser verzahnt werden. Der Bundesverkehrswegeplan werde nicht verkehrsträgerübergreifend erstellt, Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz würden nicht koordiniert. „Das Bundesmobilitätsgesetz ist auch unsere Antwort auf das Karlsruher Urteil“, sagte die VCD-Vorsitzende Kerstin Haarmann.

Zwar dürfe der Bund eigentlich nicht in Länderkompetenzen

habe der Bund die entscheidende Kompetenz bei den Vorschriften zur Luftreinhaltung, also für ein Klimaschutzgesetz, erklärten die Juristen. Der Bund verfüge über die Kompetenz, „Verkehr und Mobilität unter Einschluss aller Verkehrsträger und Verkehrswege zu regeln und sie an Umweltzielen auszurichten“, wie sie auf ihren Folien erläuterten. ■ sus

Mehr Informationen: <https://kurzelinks.de/3ox3>

Selbstverwaltung

Pilotprojekt für Online-Wahlen

Beim „Tag der Selbstverwaltung“ ging es um die nächsten Sozialwahlen 2023. Dabei sollen erstmals Versicherte ihre Stimmen online abgeben können.

Die Online-Wahlen sind als Modellvorhaben möglich und zwar für die Mitglieder in 15 Kassen:

in sechs Ersatzkassen wie der Techniker Krankenkasse, BAR-MER, DAK-Gesundheit, KKH Kaufmännische Krankenkasse, hkk-Handelskrankenkasse und HEK-Hanseatische Krankenkasse, in sechs Betriebs-, einer Innungs-krankenkasse und in zwei Allgemeinen Ortskrankenkassen, Hessen und AOK Plus. Die Vorbe-

reitungen stellte Jörg Ide von der TK für die „ARGE Modellprojekt Online-Wahlen 2023“ vor.

Im Februar 2023 soll das Online-Wahl-Produkt den Wahlvorständen präsentiert werden. Ein Erfolg der Online-Wahlen, so Ide auf Nachfrage von Axel Schmidt, der sich bei ver.di um die Selbstver-

waltung kümmert, wäre eine erhöhte Wahlbeteiligung. Zuletzt hatte sie 2017 bei rund 30 Prozent gelegen. Uwe Klemens (ver.di), Verwaltungsratsvorsitzender des Verbands der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), forderte für Online-Wahlen auch mehr Online-Werbung zu machen und die Internetseite www.sozialversicherung.watch stärker einzubeziehen. ■

<https://kurzelinks.de/1uzj>

Gute Arbeit

Werkstatt für Info, Austausch und Vernetzung

Gute Arbeit heißt Beteiligung – und diese muss stets aufs Neue hergestellt werden. Deshalb gab es die Werkstatt Gute Arbeit in diesem Jahr trotz der Pandemie, und zwar als WebEx-Konferenz.

Gute Arbeit heißt Beteiligung: Um Beteiligung als Haltung leben zu können, braucht es einen guten Austausch zwischen betrieblicher Mitbestimmung, Gewerkschaft und den Beschäftigten. Dabei gilt es nicht erst seit Corona, die virtuelle Kommunikation mitzudenken und hierfür Tools und Ansätze zu entwickeln. „Wir möchten mit euch diskutieren, welche Erfahrungen ihr mit den Themen Beteiligung und Kommunikation macht, wo ihr Handlungsbedarfe seht und welche Ansätze ihr bereits entwickelt habt“, so Nadine Müller, Bereichsleiterin Innovation und Gute Arbeit.

Beteiligung bedeutet auch, das Urteil der Beschäftigten als Grundlage für das gewerkschaftliche und betriebspolitische Handeln zu nehmen. Der DGB-Index Gute Arbeit ist dafür ein anerkanntes und seit Jahren bewährtes Instrument. Was der Index beinhaltet, welche Prozessschritte berücksichtigt werden müssen und wie der Index betrieblich genutzt werden kann, stellten zwei Experten aus dem Gute Arbeit-Netzwerk vor.

Nadine Müller gab einen Einblick über die Vielzahl der laufenden Projekte bei ver.di (siehe dazu auch die Tabelle im PDF-Format). Arbeitsgrundlage dafür sind die Beschlüsse des ver.di-Bundeskongresses in Leipzig 2019. Auch



hatte der Bundeskongress eine Offensive zum Thema Gute Arbeit beschlossen. Zur Offensive findet am 7./8. Sept. 2021 die Kick-off-Veranstaltung in Berlin statt. Eine weitere Veranstaltung ist für den 3. November 2021 zum Thema „Interaktionsarbeit als Element für Entgeltstrukturen“ in Vorbereitung.

Beim Thema Homeoffice spüren Betriebs- und Personalräte mitunter eine Neiddebatte seitens der Beschäftigten. Manche wollen im Homeoffice arbeiten, dürfen aber nicht. Andere müssen im Homeoffice sein, würden aber gerne im Betrieb arbeiten. Ein schwieriges und sensibles Thema.

Thomas Krüger vom Umfragezentrum Bonn beschrieb die Systematik des DGB-Index Gute Arbeit, das Befragungsinstrument für Unternehmen und Verwaltungen. Das Instrument beziehungsweise der Fragebogen ist geeignet zur Messung der Qualität der Arbeitsbedingungen aus Sicht der Arbeitnehmer*innen. 42 Inhalte, unterteilt in 11 Kriterien und die drei Teilindizes „Ressourcen“, „Belastungen“ und „Einkommen und Sicherheit“, ergeben den Gesamtindex. Niedrige Score-Werte in einem Bereich können durch hohe Werte in einem anderen Bereich kompensiert werden. Dies wurde anhand von Beispielen veranschaulicht. Gute Arbeit hat

man, wenn der Index mindestens über 80 Punkte auf der Skala von 0 bis 100 beträgt.

Ralf Stuth, Organisationsberater und Experte im Netzwerk Gute Arbeit, gab zur betrieblichen Umsetzung wertvolle Hinweise. So muss im Betrieb grundsätzlich auch die Bereitschaft für Veränderung und Begleitung bestehen, auch „Change Management“ genannt. Die Ziele müssen abgestimmt und transparent sein. Auch die Betriebskultur ist zu berücksichtigen. All dies bedarf einer umfassenden Planung und Vorbereitung. Zwischen allen Beteiligten muss Klarheit und Einverständnis bestehen, auch darin, dass die Befragung vielleicht nicht alle Probleme und Konflikte lösen kann. Bereits in der Vorbereitung ist eine gute Beteiligung der Beschäftigten möglich. Die ver.di-Wandzeitung ist dabei ein einfaches Mittel zur Beteiligung.

Astrid Schmidt, Referentin Innovation und Gute Arbeit, beschrieb das Thema „Kommunikation und Beteiligung unter Corona Bedingungen“ mit Bezug auf das Ergebnis der letztjährigen Werkstatt so: Die seit über einem Jahr andauernde Pandemie stellt die Arbeitnehmer vor besondere Herausforderungen, weil sich die Arbeitswelten in kürzester Zeit verändert haben. Aber welche Lehren, Erfahrungen und Schlussfolgerungen folgen daraus? Wie kann ein „neues Neues Normal“ für die Arbeitswelt nach Corona aussehen? Welche Themen werden uns beschäftigen und was sind die Handlungsfelder?

„Es ist eine besondere Herausforderung, mit der Belegschaft in Kontakt zu bleiben“, damit eröffnete Pit Kunkel von „Orka – Organisieren und Kampagnen“ sein Referat. Er gab dazu zunächst den Hinweis, die eigene Grundhaltung zu überdenken. Nicht die Frage „Was ist nicht möglich“, sondern „Was können wir möglich machen“ solle im Vordergrund des

betrieblichen Handelns stehen. Präsenz und digitale Formate sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern können als Zwischenformate und in Form von Hybridveranstaltungen genutzt werden. Digitale Besprechungskultur einzuführen, heißt digitale Kompetenz zu entwickeln.

Das beginnt mit dem Zugang zur Technik und dem Technik-Check, denn nichts nervt mehr als schlechte Qualität. Die Besprechung sollte beteiligungsorientiert geführt werden, damit alle am Ball bleiben. Beim Aufbau eines betrieblichen digitalen Kommunikationsnetzwerkes ist es wichtig, die Themen zu setzen. Dabei sollen die Themen der Beschäftigten zu Themen von ver.di gemacht werden. Bei der betrieblichen Kommunikation ist die Beteiligung das A und O. Dazu ist Feedback und Diskussion nicht nur erwünscht, sondern erforderlich. Durch Aufbau eines Spannungsbogens können informierende Aktionen, aktivierende Aktionen und Druckaktionen erfolgreich durchgeführt werden.

Wichtig ist auch eine maßgeschneiderte Beteiligung entsprechend der Zielgruppe. In der Diskussion gab Kunkel noch den Hinweis, dass es besser sei, wenige Kanäle zu bespielen und diese in die Tiefe anstelle in die Breite zu bringen. Man müsse auch beachten, dass mündliche Botschaften und schriftliche Kommunikation unterschiedlich zu sehen sind. Diskutiert wurde auch, was nach der Pandemie digital bleiben wird und welche Rechte die Betriebs- und Personalräte dazu haben. ■

Christian Humburg, mti (auch Tabelle Seite 7)
Ulrich Bareiß, FG Industrie und mti

Mehr Informationen, auch zu den Arbeitsgruppen:
<https://kurzelinks.de/zki8>

Neue Broschüre

Arbeiten im Homeoffice

Gerade erschienen ist die Broschüre „Arbeiten im Homeoffice – Zwischen Gestaltungsspielraum und Mehrbelastung“ (DGB-Index Gute Arbeit Kompakt 1/2021) auf Deutsch und Englisch. ■

<https://kurzelinks.de/nx4a>

Vorausschauende Arbeitsforschung

Der ver.di-Bereich „Innovation und Gute Arbeit“ setzt auf vorausschauende Arbeitsforschung.

In den Jahren 2020/2021 wurde von ver.di an folgenden Themen gearbeitet und Arbeitsergebnisse für die Betriebs- und Personalräte geliefert:

Künstliche Intelligenz	Inhalt	Kurzlink
Künstliche Intelligenz KI ver.di Positionen	Künstliche Intelligenz und Gute Arbeit gestalten die Arbeitswelt. Hierzu wurden ethische Leitlinien von ver.di erstellt und veröffentlicht	https://kurzelinks.de/88oh
Plattform lernende Systeme	ver.di hat in Arbeitsgruppen mitgewirkt und die Frage erörtert, welche Kompetenzen künftig Beschäftigte brauchen	https://kurzelinks.de/npkj Whitepaper Change Management https://kurzelinks.de/ftt4
IBM Watson mit KI	KI unterstützt die Zukunft von Gute Arbeit. ver.di hat an der Studie mit Blick auf Anwendungsszenarien mitgewirkt	https://kurzelinks.de/t5zc

Neue Arbeitswelt	Inhalt	Kurzlink
Gute agile Arbeit tarif- und betriebspolitisch gestalten	Praxis gestalten, Agiles Arbeiten Empfehlungen für die tarif- und betriebspolitische Gestaltung	https://kurzelinks.de/oif2
Gesunde Arbeit: Empfehlungen für die tarif- und betriebspolitische Gestaltung	Schrittweises Vorgehen zur Entwicklung von Tarifvertrag, einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung	https://kurzelinks.de/3pi9
Leistungssteuerung und Arbeitsintensität	Auswirkung der Leistungssteuerung auf die Intensität der Arbeit und die Gesundheit der Beschäftigten	https://kurzelinks.de/jo1g
Projekt Transwork, Transformation der Arbeit durch die Digitalisierung	Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeit und Arbeitsprozesse analysieren und bewerten; auch Weiterbildung und Digitalisierung	https://kurzelinks.de/ucgw https://kurzelinks.de/bm31
Projekt DiGAP: Gute digitale Projektarbeit in der digitalisierten Welt	Entwicklung von Lösungen für Gute agile Arbeit und Abschlussbroschüre diGAP mit Fragestellungen	https://kurzelinks.de/df3j Weitere Ergebnisse: https://kurzelinks.de/j4pg
Projekt DigiLab NPO	Digitalisierung von Non-Profit Organisationen: virtuelles Ehrenamt und digitales organisatorisches Handeln	https://kurzelinks.de/0qav
DGB-Index Gute Arbeit Report	Mehr als Homeoffice – Mobile Arbeit in Deutschland – Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit 2020	https://kurzelinks.de/kqzf
Jahrbuch Gute Arbeit 2021	Mit Titel: „Demokratie in der Arbeit – eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik“	https://kurzelinks.de/j3iv Inhaltsverzeichnis: https://kurzelinks.de/0o9h
Publikation Mobile Arbeit/ Home Office	Mobile Arbeit: Empfehlungen für die tarif- und betriebspolitische Gestaltung	https://kurzelinks.de/x5rh
Infoblatt zu Homeoffice	Ansteckungen wegen Corona-Pandemie eindämmen, Gesundheit im Homeoffice	https://kurzelinks.de/lzgf
Interaktionsarbeit	Arbeiten an und mit Menschen im Dienstleistungssektor	https://kurzelinks.de/45pm https://kurzelinks.de/y2m5
Tipps für Beschäftigte zu Coronavirus	Mit Fragen und Antworten rund um das Coronavirus	https://kurzelinks.de/myzk
Kollegiales Verhalten bei der Arbeit	Zusammenhang von Kollegialität mit Solidarität, gewerkschaftlichem Handeln und Guter Arbeit	https://kurzelinks.de/lw5x
Arbeitsbedingungen in „system-relevanten“ Berufsgruppen	Belastungen sowie hohe körperliche und psychische Anforderungen bei v. a. von Frauen geleisteten Tätigkeiten der Daseinsvorsorge	https://kurzelinks.de/gwwa
Arbeitsbedingungen und Gesundheit	Wirkung der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit aus Sicht der Beschäftigten	https://kurzelinks.de/t1fi
Online-Handlungshilfe Gefährdungsbeurteilung	Ein Hebel für Betriebsräte, um Einfluss auf die Arbeitsgestaltung zu nehmen	https://kurzelinks.de/qtvq

In Vorbereitung	Inhalt	Kurzlink
Jahrbuch Gute Arbeit 2022	Schwerpunkte Arbeitspolitik und Corona, welche Probleme es zu lösen gibt, wie Konflikte gelöst werden und welche Perspektiven es gibt	https://kurzelinks.de/ee90
DGB-Index Gute Arbeit Jahresreport 2021	Der Schwerpunkt soll auf Arbeitsbedingungen in der Corona-Pandemie liegen	https://kurzelinks.de/9v83

mti-Bundesausschuss

Positiven Trend mit breiterem Netz stärken

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen anderthalb Jahren nur wenige Präsenzsitzungen oder persönliche Kontakte erlaubt. Dennoch ver-

zeichnet die Personengruppe der Meister*innen, Techniker*innen und Ingenieur*innen (mti) positive Zahlen.

Bis zum Jahresende war die Zahl der ver.di-Mitglieder mit mti-Kennzeichnung auf über 25.860 angewachsen, Tendenz steigend, sagt der Vorsitzende des mti-Bundesausschusses, Werner Filipowski. Die Situation der Personengruppe im neuen Fachbereichsgefüge ist geregelt, mti bleibt bei „Innovation und Gute Arbeit“ angedockt, bisher Fachbereich 9, künftig dann Fachbereich A, der noch einen richtigen Namen erhalten wird (siehe Seite 1). „Da sind wir ganz gut aufgehoben“, meint Filipowski. Sein Dank gilt dem Team der hauptamtlichen Kollegen*innen. Dass mti für ver.di eine wichtige Querschnittsaufgabe erfüllt, zeigt nach Filipowskis Ansicht auch die gute Entwicklung der steigenden Mitgliederzahlen.

Foto: Sven Weiger



In den nächsten Klausursitzungen von Präsidium (Mitte September) und Bundesausschuss (Anfang Oktober), die wieder in Präsenzveranstaltungen organisiert werden, sollen die Weichen für die Zukunft von mti über die derzeitige Fachbereichsdiskussion hinaus gestellt werden. Filipowski hatte schon länger angesprochen, dass er nach bald zehn Jahren an der mti-Spitze die Aufgabe gerne in jüngere Hände geben möchte. Denn wie er sehen etliche Mitglieder des Bundesausschusses dem Ruhestand entgegen oder haben ihn schon angetreten.

Dabei sei natürlich klar, dass es für jüngere Kolleg*innen, die sich nach Qualifizierung in einer beruflichen Neuorientierung befinden, schwierig sei, dies mit dem Zeitaufwand eines festen Ehrenamts zu verbinden. Deshalb sollten Interessierte auch die Gelegenheit haben, sich als Gäste in Projekte und Gremien einzubringen.

Themenorientierte Projektarbeit ist im Bundesausschuss auf dem Vormarsch. Aktuell beschäftigt sich eine Projektgruppe mit dem Thema grüner Wasserstoff, deren Ergebnisse in der nächsten Bundesausschusssitzung beraten werden sollen. Die AG Tarif ist

eher ständig „unterwegs“, beschreibt Filipowski deren Arbeit, denn „aktuelle Entwicklungen brauchen aktuelle Antworten“. Und die AG Digitalisierung bringt sich bei der Fülle der Themen entsprechend ein, siehe dazu die Diskussion um Gute Arbeit (Seite 6 und 7).

Dabei gibt es auch auf Bezirks- oder Landesbezirksebene Schwerpunktthemen. So hat sich der Bezirksausschuss Mittleres Ruhrgebiet ausführlich mit Digitalisierung und Homeoffice beschäftigt. mti Bayern arbeitet an den Themen Nachhaltigkeit und Mobilität und lädt am 16. Oktober wieder

mit der Fachgruppe Industrie zum „Forum“ nach Nürnberg ein. Thema ist dieses Jahr die soziale Stadt und ihre Mobilität.

Der Gruppe mti in ihrer Funktion zur Querschnittsaufgabe ist es in den letzten Jahren immer besser gelungen, in den unterschiedlichsten Branchen Interessierte anzusprechen und Aufmerksamkeit zu wecken, hat Filipowski registriert: „Mit den neuen Fachbereichsstrukturen bieten sich weitere Möglichkeiten, sich breiter aufzustellen und sich zu vernetzen.“ Auch wäre es gut, Vertreter*innen aus den Fachbereichen im Bundesausschuss zu haben, meint der mti-Vorsitzende. Auch Themen wie Frauen in MINT-Berufen (Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften, Technik) stehen auf der Agenda und bieten die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts in ver.di.

Filipowski: „Die Arbeitswelt und damit die Arbeitsbedingungen ändern sich schneller als jemals zuvor. Dieses bedarf Antworten, insbesondere von denen, die Erfahrungen mitbringen, aber auch unmittelbar betroffen sind. Wir sollten dies als Chance sehen und die Möglichkeit nutzen, uns aktiv in diese Veränderungsprozesse einzubringen.“ ■

Susanne Stracke-Neumann